

AB

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 49

ersch. am Sonntage
Desubskriptionspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezugs.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 1. Dezember 1929

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Stapelgraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

45. Jahrgang

Wo stehen wir im sozialen Befreiungskampf?

II.

In der rein liberalen Wirtschaft ist das Preisgesetz von Angebot und Nachfrage der Regulator des Warenpreises. Im Wesen des freien Konkurrenzkampfes liegt es begründet, daß der Warenverbraucher dabei nicht zu Schaden kommt und die Gewerkschaften haben dabei nur die Aufgabe, durch Eintreten für eine freihändlerisch orientierte Handelspolitik das Warenangebot auf dem Inlandsmarkte zu verstärken, um preisentende Wirkungen zu erzielen.

Das hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte, besonders aber nach Kriegsbeendigung, ganz grundlegend geändert. Heute beherrscht der Monopolpreis das Feld. Über 3000 Kartelle und einzelne Riesenunternehmungen, deren Macht oft größer ist als die der größten Kartelle, setzen heute den Warenpreis durch Beschlüsse der Unternehmer fest. Von Ausnahmen abgesehen ist ein Einbruch in diese ihre Macht-sphäre noch nicht erreicht. Nur für Rohle und Kafi besteht ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress aber ist es für alle Kartelle und monopolartigen Unternehmungen gefordert worden. Es wird nun das nächste Ziel der gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft sein, diese Forderung in die Tat umzusetzen, um auch den Warenpreis unter ihre Herrschaft zu bekommen, denn dessen Höhe bestimmt den Reallohn, und diesen zu erhöhen ist der Gewerkschaft Lebenszweck.

Auf die Gestaltung der Arbeitszeit trifft im wesentlichen daselbe zu wie auf die Lohnbemessung. Auch hier soll die Hilfsstellung des Staates durch Schaffung von Arbeitszeit-schutzbestimmungen grundsätzlich anerkannt werden, wobei durch den Hinweis, daß diese jedoch stets nur die obere Grenze festsetzen, und es dann der Gewerkschaft überlassen bleibt, weitere Verkürzungen zu erkämpfen, die Bedeutung der Berufsverbände unterstrichen sein mag. Daneben gilt es, alle anderen Faktoren des betrieblichen Lebenslaufes zu berücksichtigen, die in ihrer Gesamtheit das Schicksal des arbeitenden Menschen formen. Auf die Einstellung ist den Arbeitsämtern größerer Einfluß einzuräumen, als sie heute bei ihrer nur vermittelnden Tätigkeit auszuüben vermögen. Wie groß der Widerstand der Unternehmer gerade hiergegen ist, zeigte sich erst kürzlich bei der Ausschlußberatung zur Reform der Arbeitslosenversicherung sehr klar, als sie sich mit aller Gewalt gegen den Zwang, sämtliche freien Stellen der Arbeitsbehörde zu melden, wandten, obgleich das nur eine Vorstufe zu den Kompetenzen

wäre, die den Arbeitsämtern noch einzuräumen sind. Hier liegt für die Gewerkschaften noch ein weites Kampffeld, das es zu erobern gilt.

Größer schon sind die Errungenschaften, soweit die Ausschaltung der Willkür bei Entlassungen in Frage kommt. Der selbstgewählte Betriebsrat hat als erster die Aufgabe, hier Mißgriffe von Unternehmerseite zu forrrieren. Wird ihm kein Gehör geschenkt, dann tritt die staatliche Instanz des Arbeitsgerichtes in Funktion, in der die Gewerkschaft durch ihre Beisitzer die Aufgabe übernimmt, dem Arbeiter zu seinem Recht zu verhelfen. Aber auch hier gibt es durch Einbau günstigerer

Kündigungsfristen in die Tarifverträge, durch Beeinflussung der Arbeitsgerichte im Sinne einer sozialen Rechtsprechung u. a. noch viel zu tun, um die letzten Reste unternehmerlicher Willkür auszuschalten.

Bei all diesen Fragen treten zum Schutze der Arbeitskraft, zu Nutz und Frommen ihres Trägers, die Gewerkschaften immer wieder hervor. Das ist ja überhaupt der große Wandel. Nicht ein einzelner zufällig Reichgeborener oder Reichgewordener soll über den arbeitenden Menschen als Arbeiter und Mensch entscheiden, sondern sein Schicksal liegt in seiner eigenen Hand. Hier ringen die beiden großen Gewalten, unternehmerliche Selbstherrschaft und soziale Demokratie, um Boden, und der Sieg der letzteren wird um so eher erfochten werden können, je größer die Zahl und der Opfermut derer ist, die gewillt sind, diesen Freiheitskampf zu kämpfen. Franz Bogt.

Der wirtschaftliche Schaden durch die Arbeitslosigkeit.

Die staatliche Unterstützung der Arbeitslosen ist nach wie vor heftig umstritten. In den Lagern der Unternehmer und der Arbeiterschaft gehen die Ansichten über die Notwendigkeit und die Höhe der Arbeitslosenunterstützung sehr weit auseinander. Der Bundesausschuß des ADGB., der sich in seiner Sitzung von Ende Juli besonders mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigte, wies namentlich die Annahme zurück, daß in Deutschland rund 1,1 Millionen Arbeiter das ganze Jahr hindurch Unterstützung beziehen müßten. Der betreffende Abschnitt der Entschliebung lautete:

„Der ... Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung wird zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterstützter zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuß erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so furchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit faktbllig zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energische Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.“

Mit Recht wird hier gegen die Annahme einer dauernd hohen Arbeitslosigkeit protestiert, zumal sich die wenigsten einen Begriff davon machen können, was eine solch hohe Arbeitslosigkeit wirtschaftlich bedeutet. Und doch ist dieser wirtschaftliche Schaden durch die Arbeitslosigkeit das Kernproblem der deutschen Wirtschaftsentwicklung überhaupt. Es liegen schon einige Berechnungen vor, in welchem Ausmaß die Volkswirt-

schaft durch die Ausschaltung von Arbeitskräften geschädigt wird. Professor Jul. Hirsch hat mehrere Arbeiten veröffentlicht, die den Goldwert des Arbeitsjahres bzw. der Arbeitsstunde festzustellen versuchen. In einem Artikel des „B. L.“ vom 14. Juli kam Hirsch zu der Auffassung, daß die Wirtschaftskonjunktur 1927 der deutschen Wirtschaft einen Zuwachs von mindestens 7 bis 8 Milliarden Mark gebracht hat. Dieser Zuwachs setzt sich aus folgenden Posten zusammen:

Industrie u. Gewerbe	5—5½ Milliarden Mark
Handel	1½ " "
Verkehr	½ " "
Sonstige	½—¾ " "
7¼—8¼ Milliarden Mark	

Diese Zahlen lassen auch erkennen, welche Verluste zu tragen sind, wenn eine Wirtschaftskrise herrscht oder eine nicht genügende Ausnutzung des Produktionsapparates stattfindet. Hirsch schätzt den

Goldwert des Arbeitsjahres

je Kopf der in Industrie und Handwerk Beschäftigten im Gesamtdurchschnitt auf 2850 Mk. Für England hat der bekannte englische Nationalökonom Professor Keynes den Wert einer Arbeitskraft auf 220 Pfund Sterling oder 4400 Mk. pro Jahr berechnet. Nehmen wir rund 3000 Mk. als gegeben an, dann verursacht ein Arbeitslosenheer von 1,1 Millionen den dauernden Verlust einer Mehrproduktion in Höhe von 3,3 Milliarden Mark, nach Keynes sogar von 4,8 Milliarden. Das sind Ziffern, die zu denken geben und die besten

Köpfe der Wirtschaft veranlassen müßten, der Frage einmal nachzugehen, ob dieser dauernde Verlust an Produktionswert und Kaufkraft wirklich notwendig ist.

In der „Fr. Ztg.“ Nr. 563 befand sich die Zugschrift eines Oberingenieurs, der trotz aller Bemühungen keine Beschäftigung mehr finden konnte, weil er zu alt sei. Er war Ende der 40er. In dieser Zugschrift wird mit Recht die Frage aufgeworfen, daß man sich in Wirtschaftskreisen keine Mühe gibt, einmal nachzurechnen, wie hoch der

Herstellungswert eines gereiften Menschen

ist. Nach einer Schätzung verursacht die Aufzucht eines vollwertigen Menschen 20 000 Mt. Kosten. Wenn wir auch nur 10 000 Mt. annehmen, dann repräsentiert die Armee der Beschäftigungslosen den Wirtschaftswert von 11 Milliarden Mark. Diese Summe würde zur Aufzucht jener Menschen verwendet, die heute vergeblich nach Arbeit suchen. Kann die Ausschaltung derartiger Werte in Gestalt lebendiger Arbeitskräfte eine dauernde sein? Es würde wirklich eine armselige Wirtschaft sein, die es nicht versteht, dieser Verwüstung an Menschentrakt Einhalt zu gebieten. Wenn man zum Beispiel das Baugewerbe betrachtet, dann stößt man auf eine so unrationale Betriebswirtschaft, wie sie schlimmer nicht zu denken ist. Es wird gerade auf diesem Gebiete als selbstverständlich hingenommen, daß den ganzen Winter über die Bauwirtschaft daniederliegt. Der Ausfall an Arbeitsstunden wurde in dem milden Winter 1927/28 auf rund 900 Millionen berechnet. 900 Millionen Arbeitsstunden bedeuten die Einschränkung der Kaufkraft von mindestens 1,3 Milliarden Mark. Hier müßte sich am ehesten ein Wandel schaffen lassen. Der Mensch, der die Lücken der Natur vollständig überwinden hat, sollte es nicht zu erreichen vermögen, daß Bauwerke auch im Winter erstellt werden können? Mit Recht schreibt Dr. Elisabeth Lüders im „B. L.“ Nr. 365: „Wer das Problem löst, einen Kaff zu erfinden, der nicht gefriert und auch bei Frost sicher bindet, würde die Volkswirtschaft um Hunderte von Millionen jährlich bereichern. Keine dafür gezahlte Prämie wäre zu hoch.“ — Die Winterarbeit im Baugewerbe ist ein Weg, der beschritten werden könnte, um die Arbeitslosigkeit in ganz erheblichem Maße zu beschränken. Und solcher Möglichkeiten gibt es noch viele, wenn man sich nur erst einmal ernsthaft um die Lösung dieser Fragen kümmern wollte. Es ist an der Zeit,

Menschenwirtschaft zu treiben.

In der kapitalistischen Wirtschaft steht der Mensch meistens außerhalb jeder Kalkulation. Wohl treibt man seit Jahrzehnten erfolgreich Güterwirtschaft. Auf Grund genauer Kalkulationen sind wir unterrichtet, wie die Produktion sich gestaltet, was die Maschinen leisten, wie es um die Handelsbilanz steht, über den Radius des Finanzkapitals usw. Menschenwirtschaft in der gleichen systematischen Weise zu treiben, daran hat man noch nicht gedacht. Man hat noch nicht danach geforscht, mit welchen Opfern an menschlichem Glück, menschlicher Gesundheit und verwüsteter Arbeitskraft alle kulturellen Errungenschaften bezahlt wurden. Man erforschte die Wirtschaft der Arbeit, aber nicht die Wirtschaft des arbeitenden Menschen. Das arbeitende Volk muß es erzwingen, daß man der Verwüstung von menschlicher Arbeitskraft, der Vergewandung von Kaufkraft endlich ein Ziel setzt. Dann wird das große Problem der Arbeitslosigkeit leichter lösbar sein. W. R.

Ein unberechtigter Kommentar zum Reichsakkordlohnentarif für Buchbinderarbeiten.

Vom Streitberger Verlag, Leipzig C 1, ist eine 80 Seiten umfassende Broschüre herausgebracht worden, in der die Bestimmungen des Reichsakkordlohnentarifs kommentiert werden. Als Verfasser zeichnet Herr Erich Siegel im Hause R. Oldenbourg, Großbuchbinderei in München*).

Ohne auf den sachlichen Inhalt der Broschüre einzugehen, müssen wir bemerken, daß wir es für groben Unfug halten, wenn irgend jemand sich das Recht herausnimmt, die Bestimmungen des Reichsakkordlohnentarifs zu kommentieren. Eine solche Kommentierung, die doch nur eine ganz einseitige sein kann — sie ist, wie der Verlag selbst sagt, im Kalkulationsbureau einer führenden Großbuchbinderei entstanden — und die sich nicht stützen kann auf die wirkliche Willensmeinung der von Unternehmern und von Arbeitern gebildeten Tarift Kommission, kann sehr leicht in den Betrieben zu den größten Unstimmigkeiten führen. Es kann darum auch nur der gemeinschaftlichen Tarift Kommission das Recht der Kommentierung ihrer Beschlüsse eingeräumt werden. Ein etwaiger Hinweis darauf, daß ja auch Gesetze und Verordnungen der Behörden nicht von diesen selbst, sondern von Fernstehenden kommentiert werden, wäre abwegig, denn dort entscheidend nur die Gerichte über das, was rechtens sein soll. Ueber die Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag entscheiden zwar auch die Gerichte, und zwar die tariflichen Schiedsinstanzen, aber doch erst dann, wenn die Parteien selbst sich nicht zu einigen vermögen. Im beruflichen Erwerbsleben hat zunächst einmal der einzelne Unternehmer bzw. sein Berufsführer in Gemeinschaft mit dem Arbeitnehmer die tarifliche Bestimmung auszulegen, und es muß daher für den Arbeitnehmer ein Nachteil sein, wenn dem Unternehmer bzw. dem Berufsführer eine einseitige Kommentierung zur Seite gestellt wird. Wir müssen uns darum mit aller Deutlichkeit dagegen wenden, daß von nicht zuständigen Stellen Kommentare zu unseren Tarifen herausgebracht werden.

Was geht hier vor?

Seit einigen Wochen kann bei uns das Bestreben des Unternehmertums beobachten, die zuständigen Behörden mit Anträgen auf Stilllegungen, teilweise Stilllegungen, Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen in großer Anzahl usw. zu beglücken. Was soll das bedeuten? Wohin geht die Fahrt? Soll etwa damit die sich ohnehin schon böse auswirkende Arbeitslosigkeit noch mehr verschärft und die industrielle Reservearmee noch weiter vermehrt werden? Oder kommt hier die Wut zum Ausdruck, daß der Abbau des Arbeitslosenversicherungsgesetzes abgewehrt wurde? Diese und ähnliche Fragen drängen sich unwillkürlich jedem aufmerksamen Beobachter auf, und es ist unsere Pflicht, ein wachsameres Auge auf die Vorgänge zu haben. Die Ziele zu ergründen, die das Unternehmertum mit ihnen erreichen will, ist natürlich nicht leicht. Die Wahrnehmungen bei den Stilllegungsverhandlungen vor dem Gewerberat sind geeignet, der Sache auf den Grund zu kommen. Ein Vorgang aus der Praxis gibt besonders Veranlassung zum Nachdenken. Die Firma F. in D. übt schon einige Jahre die Praxis, Betriebe anzukaufen. Nach einiger Zeit erfolgt dann ein Antrag

*) Erich Siegel, Kommentar zum Reichslohnentarif für Buchbinderarbeiten, unter besonderer Berücksichtigung tarifschiedsgerichtlicher und tarifamtlicher Entscheidungen. Verlag: Journal für Buchbinderei (Streitberger-Verlag), Leipzig C 1. Achtzig Seiten. Broschürt: Preis 3,50 Mark.

an den zuständigen Gewerberat auf Stilllegung. Nachdem die Genehmigung ausgesprochen ist, wird der Betrieb jedoch nicht stillgelegt, sondern es wird nur eine größere Anzahl der Beschäftigten entlassen. Der Betrieb selbst geht weiter, wenn auch mit weniger Personal. Nach Verlauf von 2 bis 3 Jahren erfolgt dann ganz plötzlich wieder ein Antrag auf Stilllegung an die zuständige Behörde, der nach Bewilligung aber wiederum nicht vollständig durchgeführt wird.

Soweit dem Verfasser dieses bekannt ist, besitzt die Firma zurzeit 6 Betriebe, die nach außen hin als selbständige Firmen erscheinen. In Wirklichkeit jedoch sind diese Betriebe nur eine Firma bzw. nur ein Betrieb, der den gleichen Besitzer hat. Auch die Fabrikation ist so organisiert, daß alle Aufträge an einer Stelle eingehen und daß sie von da aus an die einzelnen Betriebe verteilt werden. Dafür, daß diese für die Deffektivität selbständig schließenden Betriebe in Wirklichkeit nur einer ist, spricht recht deutlich auch der Umstand, daß die 6 Betriebe für die Firma selbst mit der Bezeichnung A, B, C usw. gelten. Hingu kommt noch, daß diese nach Buchstaben bezeichneten Betriebe gleichartige Produkte herstellen. So gibt es z. B. Artikel, bei denen die Stanzarbeiten im Betrieb B und die Weiterverarbeitung in den Betrieben C und D geschieht.

Wer den Verhandlungen beim Gewerberat aus Anlaß von Stilllegungsanträgen schon beigewohnt und mit Aufmerksamkeit den Gang derselben verfolgt hat, dem muß sich immer wieder das Gefühl aufdrängen, daß der Gewerberat den Anträgen auf Stilllegungen etwas sehr leicht stattgibt. Es scheint, daß die gesetzlichen Bestimmungen über Stilllegungen nicht ausreichend sind, um einen Mißbrauch unmöglich zu machen! Hier würde ein guter Fachkenner (Jurist) eine sehr dankbare Aufgabe haben, wenn er genau untersuchen und feststellen würde, ob und welche Änderungen der zurzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über Stilllegungen von Betrieben notwendig sind, um jeden Mißbrauch derselben unmöglich zu machen. Im Interesse von Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen und nicht zuletzt im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens wäre eine größere Klarheit sehr von Nutzen.

Da anzunehmen ist, daß solche Erscheinungen, wie die hier besprochenen, auch an anderen Orten beobachtet worden sind, dürfte eine Behandlung dieser Vorgänge in der „Buchbinder-Zeitung“ nur zu empfehlen sein. Beritas-Nürnberg.

Die englische Arbeiterregierung zur Arbeitslosigkeit.

Die englische Wirtschaft leidet seit zehn Jahren an starker Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenziffer hält sich dauernd über eine Million. Da die englische Bevölkerung nur etwa 70 Prozent der deutschen ausmacht, so ist die Arbeitslosigkeit jenseits des Kanals wesentlich höher als bei uns. Auf die Dauer ist ein solcher Zustand einfach unhaltbar. Deshalb wird jede Regierung scheitern, die es nicht versteht, die Wirtschaft von der drückenden Arbeitslosigkeit zu befreien. Von der englischen Arbeiterregierung erwartet man speziell bestimmte Maßnahmen. Die vergangene Regierung wußte keinen anderen Weg, als einen Teil der Arbeitslosen nach den Kolonien zu verpflanzen.

Die Arbeiterregierung faßt das Problem von einer anderen Seite an. Sie legt jetzt ein großzügiges Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Namentlich sollen öffentliche Arbeiten in großem Umfang in Angriff genommen werden. Dem seit langem bestehenden Komitee zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die Regierung 220 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, eine Summe, die 500 000 Arbeitslosen Beschäftigung für eine gewisse Zeit sichert. Die gleiche Summe für weitere öffentliche Arbeiten soll flüssig gemacht werden. Insgesamt plant die Regierung folgende Maßnahmen: Regelung der Wasserversorgung, die sich in dem letzten heißen Sommer als ungenügend erwiesen hat. Weiter soll die Modernisierung der englischen Eisenbahnen in Angriff genommen werden. Man denkt vor allem an die Ersetzung der unmodern und zu klein gewordenen Güterwagen. Das Londoner Untergrundbahn-

neh soll wesentlich weiter ausgebaut werden. Nicht weniger als 750 Millionen Mark werden für Straßenbauten bereitgestellt. Ferner soll die Post die Ausdehnung des Fernsprechnetzes in Angriff nehmen.

Diese und weitere Maßnahmen werden bewirken, daß die englische Arbeitslosenzahl auf ein erträgliches Maß vermindert wird. Insgesamt hat die englische Regierung die Summe von 1½ Milliarden Mark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihr Programm eingestellt.

Demgegenüber muß man eigentlich von einer hilflosen Lage der deutschen Regierung sprechen. Die Notstandsarbeiten, die bei uns zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen sollen, erfahren keine Erhöhung, sondern eher eine Herabsetzung. Auch sonst ist von großzügigen Maßnahmen nichts zu merken. Dabei befindet sich Deutschland mindestens in der gleichen mißlichen Lage wie England. Es wäre eine Tat der gegenwärtigen Regierung, wenn sie sich einmal zu einem ähnlichen Programm aufschwingen würde. Gewiß liegen bei uns die Verhältnisse schwieriger, doch die Tatsache, daß der Wohnungsbau in Deutschland trotz großem Wohnungsmangel sehr daniederliegt, für Straßenbauten und andere dringliche Arbeiten kein Geld vorhanden ist, sollte doch Veranlassung geben, einmal Umschau zu halten, wie diesem Zustand abgeholfen werden kann. Mit Halbheiten und kleintlichen Mitteln kann man nun einmal keine großen Probleme lösen.

B. R.

Zur Geschichte der Buchbinderei in Westfalen.

Am Ausgang des Mittelalters waren Buchdruck und Buchbinderei in Westfalen zu einer gewissen Blüte gekommen, die für die Entwicklung dieser Gewerbe kulturgeschichtlich beachtenswert ist. Mittelpunkt des westfälischen Buchdrucks und der Buchbinderei im 16. Jahrhundert war vornehmlich die Stadt Münster; daneben erlangten Osnabrück, Paderborn, Lemgo, Dortmund und Soest nicht zu unterschätzende Bedeutung. Das ganze westfälische Buchdruckgewerbe jener Zeit stand in der Hauptsache im Dienste der Kirche, die eifrig darüber wachte, daß nichts gedruckt wurde, was dem Geiste der Kirche zuwider war.

Eine der ältesten Buchdruckereien Münsters war die des Gottfried Tzowivels, der um 1550 vielbeachtete Druckwerke schuf, hierbei lateinische und deutsche Typen von bemerkenswerter Schönheit verwendend. Um 1590 war die Druckerei im Besitz eines Lambert Rasfeldt, dessen wie auch seines Vorgängers Druckwerke noch heute zu den geschätztesten der ältesten Periode des Buchdruckes zählen. Was die Farbe der Schrift anbelangt, so herrschte im Titel der Rotdruck vor. In späterer Zeit, im 17. Jahrhundert, erscheinen die Titel auch schwarz und rot gemischt. In der ersten Zeit des münsterischen Buchdruckes sehen wir vielfach die Anfangsbuchstaben durch zeichnerisches Beiwerk verschönt, doch keineswegs in der Reichhaltigkeit, wie wir dies in großem Umfange bei alten Handschriften des Mittelalters gewohnt sind. Im 15. Jahrhundert lag diese gewerbmäßige Ausübung derartiger für den Buchschmuck bestimmten Federzeichnungen fast ausschließlich in den Händen der Fraterherren. Die Mitglieder dieses geistlichen Ordens hatten auf diesem Gebiete schon vorher in Köln Bedeutendes geleistet, bevor sie ihre Tätigkeit auch nach Münster ausdehnten. Die Kunst der Fraterherren im Buchschmuck stand zu dieser Zeit auf vollendeter Höhe und noch heute können wir an uns überkommenen Büchern dieses Jahrhunderts von reichem Können getragene Buchkunst bewundern. Besonders große Kirchenbücher sind in diesem Sinne als überzeugende Dokumente zu bezeichnen, die uns eine künstlerisch vollendete Malerei betonen. Diese Arbeiten der Fraterherren mögen mit eine der Ursachen gewesen sein, daß in den münsterischen Druckwerken erst zu Anfang des 16. Jahrhundert der Holzschnitt seinen Eingang fand.

Was nun den Bucheinband im 15. und 16. Jahrhundert in Westfalen betrifft, so war es vielfach üblich, schwache Druckwerke überhaupt ganz ohne Einband zu lassen, oder man nahm mehrere solcher

schwachen Druckwerke zusammen und brachte sie in einem Bande unter. Ersichtlich wirken bei diesem Vorgehen die früheren Gewohnheiten gegenüber den Handschriften mit, wo noch mehr der Wert des Inhalts die Schönheit des Bucheinbandes bestimmte. Es war jene Zeit, in der der Besitz von Büchern gleichbedeutend mit Reichtum war, wo man Bücher angesichts ihres Wertes an Ketten legte. Am Ausgang des 15. Jahrhunderts haben wir jene Zeit vor uns, in der man die mit Typen hergestellten Druckwerke im Werte wesentlich höher schätzte als Handschriften. Dies hatte zur Folge, daß man dem Bucheinband eine weitgehende Aufmerksamkeit schenkte.

Um eine sachgemäße und auch künstlerische Ausführung des Bucheinbandes möglichst sicherzustellen, finden wir um die genannte Zeit sowohl für den Buchbinder wie für den Buchdrucker eine behördliche Zensur eingeführt, die in manchen deutschen Landesgebieten, so auch in Westfalen, ausgeübt wurde.

In Westfalen sind es am Ausgang des Mittelalters vornehmlich die schon erwähnten Fraterherren, die sich in großem Umfange mit dem Einbinden von Büchern befaßten. In Münster unterhielten die Fraterherren eine Buchbinderei, die wegen ihrer künstlerischen Leistungen einen weitreichenden Ruf genoß. Diese Buchbinderei hat bis über die Mitte des 16. Jahrhunderts bestanden. Besonders die Leistungen zweier Buchbinder, die eines gewissen Gherd, im Jahre 1549 gestorben, und die eines Johann Smedes, beides Fraterbrüder, rechnen heute zu den kunstgeschichtlich bedeutungsvollsten Werken der früheren westfälischen Buchbinderkunst. Beide waren Künstler ihres Berufes, die die technischen Mittel des dekorativen Bucheinbandes erheblich erweiterten.

Ueber die bürgerlichen Buchbinder Westfalens ist aus jener Zeit wenig bekannt, obgleich solche in der Nähe von Schulen überall ansässig waren. Der Einband selbst wurde dauerhaft hergestellt. Der Holzdeckel sowie der Rücken wurden mit einer Decke von Pergament oder Leder überzogen, ähnlich wurden die Innenseiten der Deckel mit einem meist gleichen Stoff bezogen. Anfänglich ließ man die Holzdeckel ohne Abtunungen. In späterer Zeit ging man dann dazu über, die oberen Seitentanten etwas abzuschneiden oder zuzuspitzen. In der frühesten Zeit erscheint der Rücken ohne jede Zier. Erst im 16. Jahrhundert bürgert sich die Anwendung der Titelschilder ein, die anfangs nicht gedruckt, sondern mit Tinte geschrieben und aufgeklebt wurden. Als Deckenschmuck sehen wir die verschiedensten Formen angewendet. Linienwerk, lebende Figuren, Blumen und andere Ziermuster wurden im 15. Jahrhundert mit besonders geschmückten Stempeln aufgedruckt. Später ging man zur Deckelprägung über. In der Frühzeit der aufkommenden Buchdruckkunst erhalten die Bücher vielfach Schließen aus Metall oder aus einer Verbindung von Metall und Leder. In der Anfangszeit verah man diese Schließen regelmäßig mit reichen Gravierungen; erst später, wo langsam die Massenherstellung gedruckter Bücher eintritt, kam man mehr und mehr von der Anwendung der Schließen ab.

Besonders geschätzte Bücher, wie das bisherreiche Missale der bischöflichen Kapelle zu Münster, wurden selbst in der Spätzeit des 16. Jahrhunderts noch mit Schild und Ecken aus Metall versehen, wobei Gravierungen und getriebene Arbeit reiche Anwendung fanden. Um dieselbe Zeit begann man sich in Westfalen den gepreschten Decken mit zahlreichen Ziermustern zuzuwenden. Linienornamente, pflanzliche und figürliche Ornamente wechseln in bunter Reihe ab, wobei auch Jahreszahlen, Initialen und dekorative Symbolzeichen ansprechende Anwendung fanden. Es sind auch Bucheinbände anzutreffen, die die Initialen des Buchbinders tragen. In der ehemaligen königlichen Paulina-Bibliothek zu Münster, eine der größten Bibliotheken Westfalens, befindet sich ein Folioband aus dem 15. Jahrhundert, der auf dem Vorderdeckel unter durchsichtiger Hornplatte den geschriebenen Titel trägt.

In einzelnen wenigen Fällen wurde auch westfälischen Druckern in bezug auf die Buchbinderei ein Privileg erteilt. So geschah es mit dem Buchdrucker Matthäus Brückner. Dieser hatte in Paderborn ein Haus erworben, dortselbst eine Druckerei errichtet und nunmehr 1608 von dem Bischof das Privileg erhalten, für die Stadt und das Gebiet des

Stiftes ausschließlich die Druckerei betreiben zu können. Gleichzeitig wurde dem Drucker ausdrücklich das Recht zugesprochen, sich einen eigenen Buchbinder zu halten, ohne daß hier irgend jemandem ein Einspruchsrecht zustand. Diese Bestimmung war sehr wichtig, denn damit wurde das Einspruchsrecht der Buchbinderzunft beseitigt, deren Mitgliedern nach damaligem Zunftgebrauch allein die Ausübung des Buchbindererwerbes zustand.

Mit dem Aufkommen des Buchdrucks machte sich im 15. Jahrhundert und zu Anfang des 16. Jahrhunderts unter den Buchbindern eine Gewohnheit geltend, die für die Wissenschaft in zahllosen Fällen zu schweren Verlusten führte. Wir erwähnten schon, daß in der Frühzeit des Buchdruckes die alten Handschriften zum großen Teil ihres früher so hochgeschätzten Wertes verloren gingen. Dies hatte die üble Folge, daß die Buchbinder jener Zeit einen großen Teil dieser Handschriften nur vom Standpunkt des Materialwertes beurteilten. Dies führte zu einer Massenvernichtung von wertvollen Handschriften, wobei es sich hauptsächlich um Pergamenthandschriften handelte, da gerade das Pergament von den Buchbindern als Einbindematerial sehr geschätzt wurde. Es ist keine Seltenheit, daß man aus alten gestösten Einbänden und Rücken wertvolles Material für die Geschichtsforschung zurückgewonnen hat. So sind uns ganz gewöhnliche Rechnungsbücher überliefert worden, die tausendweise in alten Pergamenthandschriften eingestrichelt wurden. Dagegen hat man die für die Forschung meist weniger kostbaren Papierhandschriften ziemlich unbeachtet gelassen. So bietet der alte Bucheinband vielfach eine Fundgrube für die wissenschaftlichen Forschungen, die aus den pergamentbefleckten Buchdeckeln manche historisch wertvolle Nachricht geschöpft haben. Vielfach hat man altdeutsche Gedichte aus solchen zerschnittenen Pergamentblättern ausgegeben.

Die Zeit der Wiedertäufer mit einer unbegrenzten Zerstörungswut fanatischer Volksmassen hat dem westfälischen Buchdruck- und Buchbindererwerb ein nicht wieder zu ersehendes kulturgeschichtliches Verhängnis gebracht. Das Ausplündern der Buchdruckereien und Bibliotheken vernichtete unersetzliche Werte. In Münster wurde das Rathaus und das bischöfliche Schloß seiner Bücherstätte beraubt. Auf dem Domplatz wurden allein für 20 000 Gulden Bücher, Karten, Musikalien durch Brand in Asche gelegt.

Was die Zeit der Wiedertäufer für Westfalen nicht vollendete, vollbrachte dann der Dreißigjährige Krieg. So sind wir gerade mit westfälischen buchgewerblichen Dokumenten aus früheren Jahrhunderten nicht reich beglückt. Diese bedauerliche Tatsache hat in jenen maßlosen konfessionellen Kämpfen ihre Ursachen, die in rücksichtsloser Schärfe vornehmlich in Westfalen ihren Boden hatten.

Noch im 18. Jahrhundert treffen wir in Westfalen behördliche Bestrebungen an, die dem Bücherwesen und dadurch den hiermit verbundenen Gewerben eine weitgehende Beschränkung auferlegten. So erließ am 11. März 1843 der Bischof Clemens August von Bonn für das Hochstift Münster folgenden Zensurverlaß: Jedes in die Stadt Münster eingeführte Buch mußte vom Torwächter sofort mit Titel und Zahl dem bischöflichen Bivariat angezeigt werden unter Nennung des Eigentümers. Der Buchhändler durfte nur solche Bücher zum Verkauf bringen, die die Zensur des Generalvitiariats passiert hatten. Es wurde ferner angeordnet, daß jeder Buchdrucker, Buchbinder und Buchhändler einen Eid abzulegen hatte, kein geistliches Buch ohne vorherige Approbation des Generalvitiariats des Verlagsortes künstlich drucken, verlegen, einbinden, kaufen und verkaufen zu wagen. Nur vor einen solchen Eid geleistet hatte, durfte für die Ausübung des Gewerbes zugelassen werden. Häufig zweimal erschienen trakt Befehles Kommissare des Generalvitiariats und prüften in den Buchläden die vorhandenen Bücher, ob diese die behördliche Genehmigung besaßen. Die Buchdrucker hatten jährlich ein Verzeichnis sämtlicher bei ihnen gedruckten Bücher beim Generalvitiariat einzureichen. Zur Durchführung dieser Anordnung hatten alle Zivil- und Militärbehörden Westfalens bei Strafe der Amtssuspension bei Zuwiderhandeln dem Generalvitiariat ihre Unterstützung zu leisten. So bietet das Buchgewerbe Westfalens in früheren Jahrhunderten manche kulturgeschichtlich interessierende Erscheinung.

Dr. P. Martell.



Zur Unterhaltung

Der Idiot.

Von Martin Andersen-Negø.
(Schluß.)

Es war wie ein epileptischer Anfall, meine ganze Person war zu einem Krampfnoten zusammengebrannt, — aber ich lief immer weiter. Der Gedanke an das Gehöft war das einzige lebendig-warme Gefühl in mir, der Hof stand mir jetzt als behaglicher Zufluchtsort vor Augen. Plötzlich hatte ich das Gefühl, daß ein Mensch in der Nähe sei. Während ich lief, spähte ich ins Dunkel hinein — und da fiel ich schon über einen schweren Körper.

Es war der Idiot. Ich erkannte ihn, als ich ein Streichholz anbrannte, er war sternhagelbetrunken. Es war mir unmöglich, ihn wieder auf die Beine zu bringen und ich ging weiter. Jetzt hatte ich keine Spur von Angst mehr. Ein paar Schritt weiter traf ich unseren Knecht, der seine Liebste ein Stück Wegs begleitet hatte. Er ging mit mir zurück und es gelang uns, den Idioten auf die Beine zu stellen. Aber es war unmöglich, ihn zu veranlassen, daß er sich von der Stelle bewegte. In seiner Trunkenheit machte er sich schwer und unbeholfen und lallte etwas vor sich hin. Sein Kopf hing auf die Brust hinab. Es war mir so, als lallte er: „Mein Brantwein — mein Brantwein.“ Ich fing an zu lachen, während der Knecht ihn aufrecht hielt und fand am Wegrand ein Ägöl, das drei bis vier Liter enthielt. Es war bis obenhin gefüllt. Wie ich die schlimme Flüssigkeit haßte! Ich war mit meinen schwachen Kräften schon so manches Mal dagegen angefürrt und hatte meine Prügel dafür empfangen, — nun stamnte der Haß wieder auf. Ich riß den Pfropfen heraus und ließ den Brantwein in den Graben fließen. Der Gestank schlug um mich empor wie der Atem eines Betrunkenen und weckte so viele Erinnerungen. Dann hielt ich das Ägöl in den Graben hinab und ließ es voll Wasser laufen. — „Wo bleibst du?“ rief der Knecht.

Der Idiot wurde rege, als ich mit dem Ägöl kam. Er wollte es selber tragen und umschlang es fest mit beiden Armen. Aber er konnte sich nicht im Gleichgewicht halten, wir mußten ihn nach Hause schleppen und in sein Loch bringen.

Als wir am nächsten Vormittag beim Frühstück saßen, kam der Bauer vom Nachbarchof zu uns herüber; er sah ganz verstört aus. „Mit dem Anders ist's schlimm!“ sagte er; „er ist ganz wild und ich habe keine Macht über ihn.“

„Du trauerst wohl mit dem Brantwein? Daran wird's liegen!“ erwiderte mein Brotherr lachend. „Nein, nein, er hat ein ganzes Ägöl voll. Aber er will es nicht anrühren. Er geht im Kreise um mich herum und sieht aus, als wollte er auf mich lospringen. Und er arbeitet überhaupt nicht mehr.“

Wir wurde heiß um die Ohren. Inseheim hatte ich mich weidlich über meine Lat gefreut — und war nahe daran gewesen, sie dem Knechte zu erzählen. Hätte ich's getan, so wäre es wohl übel für mich abgelaufen.

Mein Brotherr begleitete den Nachbar hinüber, aber sie kamen unverrichteter Dinge zurück. Sie hatten sich dem Idioten nicht zu nähern gewagt. Mit einer Mistgabel bewaffnet, ging er auf dem Hof umher. Mir graute davor, daß der Verrückte darauf verfallen würde, daß ich es war, der ihm das Dasein unerträglich gemacht hatte und daß er herüberkommen und mich todschlagen könnte. Alle Augenblicke war ich vor dem Kuhstall und guckte hinüber, bereit, auszukneifen, sobald es nötig wäre. Ich sah ihn drüben mit weitausholenden Bewegungen in der Luft herumfuhrwerken und konnte ihn rufen hören.

Der Nachbar blieb an dem Tage bei uns; es kamen Leute von verschiedenen Seiten her und man beratschlagte, was zu tun sei. Es kam die Rede darauf, daß man im Trupp auf den Idioten losgehen und ihn übermannen sollte. Aber die Knechte hatten für den Bauer von drüben nichts übrig und wollten nicht

mittun. Und die Bauern selber hatten Angst vor dem Irren. So begnügte man sich mit dem Beschluß, am nächsten Tage die Polizei in der Stadt zu benachrichtigen.

Doch in der Nacht steckte der Idiot das Gehöft an und es brannte bis auf den Grund ab.

Dies ist nur ein Kindheitserebnis unter so vielen. Damals kam ich mir wie ein heimlicher Verbrecher vor. Lange ging ich in beständiger Angst umher, die Obrigkeit werde bei mir als der eigentlichen Ursache des Ganzen haltmachen. Später jedoch hat sich mein Leben, mit der Kinderwelt als Grundlage, geformt und geweitet und aus vielen Gebieten summierten sich nach und nach meine Erfahrungen, derart, daß der Idiot für mich eine Bedeutung gewann, die über die Einzelerfahrung hinausreichte.

Ich habe immer gemeint, es müsse ein bestimmter Gedanke darin gelegen haben, daß ich ihm den Brantwein fortnahm und ihn dadurch veranlaßte, den Hof anzuzünden und dem Mißbrauch ein Ende zu machen.

Die Stahlfedern.

Es fällt mir unterwegs ein, daß seit langem die Feder meines Halters ersatzbedürftig ist. Ich brauche sie selten; man schreibt ja heutzutage fast ausschließlich mit der Schreibmaschine, aber hin und wieder, zu Unterschriften und schnellen Karten, bediene ich mich doch der Tinte. Ich gehe also in das erste beste Schreibwarengeschäft, verlange, um nun für einige Jahre eingebett zu sein, drei Stahlfedern, und stelle mir vor, daß der Verkäufer mich rasch mit dem Gewünschten versieht, mit drei durchschnittlichen, zweckentsprechenden Normalfedern.

Aber es geschieht etwas anderes. Der Verkäufer klettert eine Leiter hinauf, zieht aus dem obersten Schufbad des Regals einen langen, breiten Kasten hervor, trabelt mühselig mit seiner Bürde die Leiter wieder herunter, stellt den langen, breiten Kasten vor mich hin. Der lange, breite Kasten ist achtmal der Länge nach und sechsmal der Breite nach von dünnen Bretchen durchzogen, so daß er also achtundvierzig kleine, wahlweise geteilte Abteilungen enthält, und in allen diesen Abteilungen liegen Federn, Federn, Federn ...

Ich stehe ein wenig ratlos vor dieser Mannigfaltigkeit der Erzeugnisse. Was soll das? Wo will das hinaus? Wofür in aller Welt soll ich mich entscheiden? „Soll sie breit, mittel oder spitz sein?“ fragt mich der Verkäufer.

„Ach,“ sage ich ziemlich hilflos, „geben Sie mir irgendwelche ...“

„Etwas Weiches oder Hartes?“ setzt der Verkäufer seine Examinations fort, in offensichtlichem Stolz über die Reichhaltigkeit der Auswahl, mit der er aufzuwarten vermag.

Breit, mittel, spitz, weich, hart ... um Himmels willen, ich will für die Unterschriften und schnellen Karten irgendeine brauchbare, menschenwürdige Schreibfeder, gar nichts weiter, und aufs Geratewohl sage ich: „Geben Sie mir drei spitze Federn ...“

„Kugelspitze- oder Steilspitzfedern?“ erkundigte sich der Verkäufer wohlgenut.

Wir reißt die Geduld. Ich zeige, um dem Unfug der immer neuen Spezialisierungen ein jähes Ende zu bereiten, auf irgendeine der achtundvierzig Abteilungen, und sage: „Geben Sie mir davon!“

„Wieviele?“ fragt der Verkäufer.

„Meinetwegen auch vier,“ erwiderte ich, „aber eigentlich hatte ich nur drei verlangt ...“

„Zwei Stück kosten fünfzehn Pfennig; es läßt sich besser rechnen ...“

„Wieso sind die Federn so teuer?“ verwundere ich mich.

„Es sind Rundschriftfedern,“ gibt mir der Verkäufer zur Antwort.

„Allmächtiger! Was soll ich denn mit Rundschriftfedern anfangen! Ich bin doch kein Kalligraph!“

„Sie haben sie ausdrücklich verlangt.“ „Ich weiß, ich weiß ... weil ich annahm, es wären gewöhnliche Federn. Hören Sie mal, ich will drei, oder meinetwegen auch vier Stahlfedern haben, die man in die Tinte tauchen und mit denen man schreiben kann. Irgendwelche Besonderheiten brauchen sie nicht aufzuweisen.“

„Ich habe hier die Bremer Börsenfeder ...“ „Großartig! Gemacht! Bitte geben Sie mir vier Bremer Börsenfedern.“

„Nummer 1, Nummer 2 oder Nummer 3?“

„Nummer 2.“ „Können es nicht sechs Stück sein? Ich weiß nicht, wie ich vier Stück berechnen soll. Drei Stück kosten zehn Pfennig.“

„Nein, es sollen nicht sechs Stück sein. Geben Sie mir drei Stück Bremer Börsenfedern Nummer 2.“

Er packt mir drei Stück Bremer Börsenfedern Nummer 2 ein. Der Handel ist perfekt, und der Verkäufer darf wieder auf die Leiter steigen und den langen, breiten Kasten mit den achtundvierzig Abteilungen unter Lebensgefahr in das oberste Schufbad des Regals transportieren.

Ich wankte aus dem Geschäft. Es fällt mir ein, daß ich mir besser doch sechs statt drei Federn hätte kaufen sollen: denn man kann die Wiederholung ähnlicher Schicksalschläge, wie der Kauf von Stahlfedern sie bedeutet, gar nicht lange genug hinauschieben.

Hans Bauer.

Bernhard Shaw und der Zwischenhandel.

Der bekannte englische Dichter, Kulturkritiker und Spötter Bernhard Shaw, der kürzlich in einem Londoner Vorort eine Rede hielt, um für die Unterstützung arbeitsloser Bergarbeiter zu werben, soll nach einem Bericht der „Vostischen Zeitung“ bei dieser Gelegenheit auch das biblische Paradies vor dem Sündenfall und die modernen Geschäftsleute in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen haben. Shaw erklärte dabei, daß der Geschäftsmann das Paradies als nicht gerade ideal ansehen müsse, weil es dort keinen Zwischenhandel gab. Eva pflückte einen Apfel und gab ihn an Adam. Der verzehrte ihn und ließ uns alle dafür büßen. Wenn der Apfel nach Arabien gefandt worden wäre, dort in ein Pfund Datteln umgetauscht, diese in Neapel für Makaroni eingetauscht, die Makaroni nach Spanien gefandt und für Olivenöl umgetauscht worden wären und dann nach einer Rundreise durch die ganze Welt der Apfel als ein paar Seidenstrümpfe in den Garten Eden zurückgekehrt und Adam dann seinen Apfel erhalten hätte, würde der Geschäftsmann sagen: „Jetzt verstehe ich, warum es im Paradies so herrlich war. Adam und Eva unterhielten einen lebhaften Handel.“

Nun, wenn Shaw recht hat, dann können die von ihm gemeinten Geschäftsleute heute mit der Entwicklung der Dinge ganz zufrieden sein und brauchen nicht darüber zu trauern, daß Adam seinerzeit die bekannte große Dummheit machte. Außerhalb des Paradieses, das damals verschert wurde, hat sich ja nun der Zwischenhandel recht lebhaft gestaltet, wie aus der ständig wachsenden Zahl der Händler ersichtlich ist — während es doch im Paradies offenbar keinen Handel und keine Zwischengewinne gab. Dr.

Gelesene Nummern

der »Buchbinder-Zeitung«
gibt man an seine un-
organisierten Kollegen weiter



Herbst.

Astern blühen schon im Garten;
Schwächer trifft der Sonnenpfeil
Blumen, die den Tod erwarten,
Durch des Frostes Henkerbeil.

Brauner dunkelt längst die Heide,
Blätter zittern durch die Luft.
Und es liegen Wald und Weide
Unbewegt im blauen Duft.

Pflirsch an der Gartenmauer,
Kranich auf der Winterflucht.
Herbste's Freuden, Herbste's Trauer,
Welke Rosen, reife Frucht.

Deleu von Sillencron.

Der sittliche Charakter der Sozialversicherung.

Von Dr. Andreas Grieser, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium.*)

Der Sozialversicherung, die mehr als vierzig Jahre alt ist, reden Philosophen und Ärzte nach, sie verdanke ihr Dasein einem verhängnisvollen Irrtum des menschlichen Geistes, sie töte den Sparsinn, züchte den Versicherungsbetrug und verderbe die Sittlichkeit des deutschen Volkes. Reden und Schriften solchen Inhaltes finden zwar in Deutschland, dem Mutterboden der Sozialversicherung, nur eine kleine Gemeinde. Um so aufmerksamer ist jedoch das Ohr des Auslandes. In Frankreich und Belgien schmieden Industrielle und Ärzte daraus Waffen gegen die Einführung der Sozialversicherung in ihrem Lande. Darin liegt für Deutschland eine wirtschaftliche Gefahr. Man bezeichnet die Versicherungsbeiträge in gewissem Sinne als eine Vorbelastung der deutschen Wirtschaft und als eine Erschwerung der Exportindustrie. Erweitert sich das deutsche Recht zum Weltversicherungsrecht, dann tritt, wenigstens bei einem Teile der Produktionskosten, ein internationaler Ausgleich ein. Die grundsätzliche Verneinung der deutschen Sozialversicherung ist geeignet, diesen Ausgleich zu verhindern.

Mit fast gefühllicher Regelmäßigkeit wiederholen sich bei der Arbeit Krankheit und Unfälle, Arbeitslosigkeit und Sektum. Im Durchschnitt wird jeder zweite Arbeiter einmal im Jahre krank und für etwa 24 Tage arbeitsunfähig. Jährlich fallen 1,2 Millionen Geburten an; davon treffen rund 800 000 auf die versicherte Bevölkerung. Im Jahre 1928 ereigneten sich im Gewerbe und in der Landwirtschaft 1,4 Millionen Arbeitsunfälle; jeder neunte Unfall hatte eine dauernde Erwerbsförderung im Gefolge; tödlichen Ausgang hatten 8500 Unfälle. Am 1. Januar 1929 versorgte die Invalidenversicherung 1,9

Millionen Invaliden, 400 000 Witwen und 730 000 Waisen. Für den Arbeiter ist die Arbeitslosigkeit ein unheimliches Gespenst. Jede Schwankung auf dem Weltmarkt zittert in der Arbeiterhütte nach. Diese Wechselfälle treten gleichsam mit der Gewalt einer Naturkraft auf.

Was lag da näher, als daß unter dem Druck eines namenlosen Elends das Gefühl der Gemeinschaft, der Gefahr, der Not und des Schicksals geweckt wurde. Die Masse erwachte zur Klasse und suchte zu ihrer Erhaltung und Entfaltung neue Lebensformen. Der Gemeinschaftsgedanke wurde neu erkannt und erlebte in der Sozialversicherung seine Wiedergeburt. Was in der Sozialversicherung sich auslebt und auswirkt, ist gemeinschaftlicher Kampf gegen die Ursachen von Armut und Elend in der Arbeiterschaft.

Die Sozialversicherung wurzelt im natürlichen Recht der Arbeiter, auch bei ungünstigen Wechselfällen in der Arbeit oder im täglichen Leben Mensch zu bleiben. Sie ist organisierte Selbsthilfe. Wer in Arbeit tritt, ist kraft des Gesetzes versichert. Die Versicherung ist in das Arbeitsverhältnis hineingebaut, so wie ein Reis in einen Baumstamm zur Veredelung der Frucht eingefügt wird. Sie ist solidarische Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses zum Schutz gegen die Wechselfälle, die den Arbeiter und seine Familie treffen können. Der Beitrag stammt aus dem Lohn, im Beitrag wird ein Teil des Lohnes gebunden zur Vorsorge für die Zukunft, in ihm verbichtet, konserviert sich Lohn, in den Versicherungsmitteln wird Kaufkraft aufgespeichert. Beim Eintritt des Versicherungsfalles wird der gebundene Lohn wieder flüssig gemacht, die aufgespeicherte Kaufkraft wieder zurückerstattet in Form von Geld und Sachleistungen, je nach der Natur des Falles. Im Krankengeld und in den Renten tragen die Versicherten und ihre Hinterbliebenen den Lohn nach Hause, der für diesen Zweck zurückgelegt worden ist.

Mit der Zeit hat sich die Versicherung auch zu einer Gemeinschaft entwickelt, in der der Ledige für den Verheirateten, der Kinderlose für den Kinderreichen eintritt. Im Anfang war nur das Beschäftigungsverhältnis Grund und Grenze für die Versicherung. Heute schützt die Versicherung den Arbeiter nicht nur für seine Person, sie sieht in ihm zugleich den Ernährer von Frau und Kind und bemißt daher ihre Leistungen nach dem Familienstand und der Unterhaltspflicht. Neue Gesetze tragen den Versicherungsschutz auch in die Familie des Versicherten. Die ganz überwiegende Zahl der Krankenkassen gewährt den Angehörigen der Versicherten sogenannte Familienkrankpflege und stuft das Krankengeld nach dem Familienstand ab. Die Wochenhilfe erhält nicht nur die werktätige Frau, sondern auch die Frau des versicherten Mannes. Alle Renten enthalten Zuschüsse für die Kinder. Mag auch der Familienschutz, den die Sozialversicherung gewährt, nur äußere Fürsorge sein, sie ist unmittelbar zugleich ein Beitrag zur Erneuerung der Familie und zur Erneuerung des Volkstums.

Im April dieses Jahres waren Sachverständige der sozialen Medizin im Auftrage der Hygieneaktion beim Völkerbund und des Internationalen Arbeitsamts in Deutschland, um die

Träger der Sozialversicherung bei ihrer Arbeit auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge zu beobachten. Die Sachverständigen erkannten an, daß in der deutschen Versicherung jeder Versicherungsfall organisch aufgefaßt wird: in der Gesamtheit seiner Beziehungen, nicht nur als eine Erscheinung für sich, sondern auch in seiner Ursache und Folge, im Zusammenhang mit dem Betrieb, in der Verflechtung mit den äußeren Umständen und in der Wirkung auf die Umgebung. Die deutsche Sozialversicherung sieht im besonderen das Allgemeine, in dem Einzelfalle das Merkmal eines Zustandes, in der Häufung gleicher oder ähnlicher Fälle die Berufskrankheit und die Volksseuche. Nach dieser Auffassung richten sich auch die heilenden und wirtschaftlichen Maßnahmen, das vorbeugende Wirken, die Aufklärung, Belehrung und Beratung. In der Versicherung werden die Arbeiter langsam aber sicher zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen, zur verständigen und gesunden Lebensführung erzogen.

Auch in der Sozialversicherung gibt es Mißbräuche und Sünden gegen den Gemeinschaftsgeist. An Energie, die Mißbräuche zu beseitigen, fehlt es nicht. Diese Mißbräuche treten jedoch zurück, je mehr die Beteiligten zur Versicherung erzogen werden. Dem Rechte, durch die Versicherung geheilt zu werden, entspricht die Verpflichtung, gesund zu bleiben und der Wille, bald wieder gesund zu werden. Der Versicherungsbetrieb ist eben wie ein Familienbetrieb aufzufassen, bei dem kein Mitglied einen Vorteil auf Kosten des anderen sucht, bei dem jedes Mitglied mit sparen hilft und das Familiengut schützt.

Die Sozialversicherung ist aus der Schicksalsgemeinschaft der Arbeiter hervorgegangen. Sie ist für diese ein Abschnitt in ihrem allgemeinen Befreiungskampf, ähnlich wie früher die Handwerker und die Bauern um ihre Befreiung gekämpft haben. Mit Hilfe der Sozialversicherung, die ein Bestandteil des Arbeitsrechts ist, wollen die Arbeiter ein Stand werden, wie die Handwerker und die Bauern ein Stand geworden sind. Die Sozialversicherung ist kein Kunstgebilde, sie ist naturhaft gewachsen, sie ist für die Arbeiter eine unentbehrliche Lebensform.

Mit Erfolg haben die Arbeiter den Kampf für die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung aufgenommen. Die Mitarbeit bei den Versicherungsträgern und Versicherungsgerichten haben das Interesse und die Befähigung der Arbeiter auch für die Arbeit in Gemeinde und Staat gefördert. Der Arbeiterstand rückt in den gesetzgebenden Körperschaften, in den Gemeindeverwaltungen und den politischen Parteien den übrigen Ständen gleichwertig an die Seite. Aus dem gedrückten, verachteten oder bemitleideten „Proletarier“ ist der wirtschaftlich gehobene, emporstrebende und für ideale Ziele begeisterte Volkbürger geworden. Kein Stand bekundet mehr Opfer Sinn im Interesse der Solidarität, mehr Eifer und Hingabe für die Fortbildung und Schulung als der Arbeiterstand. Dank unserer Sozialversicherung ist eine Fülle von geistigen und sittlichen Kräften im Arbeiterstand geweckt und gestärkt worden. Das ist nicht nur ein Gewinn für die Kultur, das liegt auch im Interesse der deutschen Wirtschaft, denn auf dem Weltmarkt wird das Volk siegen, das den bestgeschulten, gewecktesten und strebsamsten Arbeiterstand hat.

*) Nach einem am 2. Oktober auf der Deutschen Welle gehaltenen Rundfunkvortrag.

Zur Reform der Krankenversicherung

wird uns geschrieben:

Am 11. November fand im Reichsarbeitsministerium eine allgemeine Aussprache der an der Reform der Reichsversicherungsordnung besonders interessierten Organisationen über die vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Änderungsverschlüsse für die Krankenversicherung statt. Rund 100 Organisationsvertreter waren anwesend. Daß die Generaldebatte bei solch riesigem Aufgebot mehr in die Breite als in die Tiefe gehen mußte, liegt auf der Hand. Aber schließlich handelte es sich bei der Aussprache für die Regierung ja auch nur um die Erkundung der Meinungen und Wünsche, und in dieser Hinsicht war die Aussprache nicht ohne Ergebnis.

Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Fragen: Versicherungskreis, Innungsstrankekassen und Organisation der Gemeinschaftsarbeit. Nach den Änderungsverschlüssen der Regierung entspricht die Verdienstgrenze von 3600 Mark für die Pflichtversicherung nicht mehr der Friedensgrenze von 2500 Mark und deshalb wird von der Regierung eine Angleichung der Grenze entsprechend der Minderung der Kaufkraft der Reichsmark gefordert. Die Gewerkschaften verlangten eine Heraufsetzung der Grenze auf 8400 Mark, während von den Regierungsvertretern nur über eine Erhöhung auf etwa 4800 Mark gesprochen wurde. Die Unternehmer erklärten sich gegen eine Erweiterung der Grenze über die Vorschläge der Regierung hinaus. In der Frage der Weiterversicherung lehnten die Gewerkschaften grundsätzlich eine Grenzziehung ab. Sollte trotzdem eine solche erfolgen, dann sind sie für die Grenze von 8400 Mark. Die Ärzte haben sich zu diesem Punkt nicht geäußert. Die Unternehmer sind selbstverständlich für eine niedrige Grenze.

Bei der Erörterung des Innungsstrankekassen-Kapitels gingen die Unternehmer merkwürdigerweise sogar noch über die Vorschläge der Innungsvertreter hinaus. Während die Innungsleute mit den Vorschlägen der Regierung, die bereits einen gewissen Schutz gegen wilde Innungsstrankekassengründerei darstellen, im allgemeinen einverstanden waren, erklärten sich die Unternehmer gegen diese Vorschläge. Die Herren von der Arbeitgebervereinigung sind also noch päpstlicher als der Papst. Die Innungsleute waren zur Festlegung einer Mindestgrenze von 150 Versicherten für die Gründung von Innungsstrankekassen bereit. Die Gewerkschaften verlangten, daß diese Mindestgrenze so hoch wie möglich, mindestens bei 1000 Versicherten, gezogen wird. Im allgemeinen forderten sie, daß überhaupt keine neuen Innungsstrankekassen mehr zugelassen werden und durch Sicherung eines stärkeren Versicherteneinflusses die Möglichkeit geschaffen werde, kleine Kassen aufzulösen.

Der Hauptstreitpunkt in der Reformfrage ist der Regierungsvorschlag auf Schaffung eines Hauptausschusses für die Krankenversicherung zur Förderung der Gemeinschaftsarbeit.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften sprachen sich gegen jede Beeinträchtigung der Selbstverwaltung aus; diese würde durch den Hauptausschuß bis zu einem gewissen Grad bedroht. Splittet vom A.D.B. entwickelte einen großzügig und durchaus logisch aufgebauten Plan für die Gemein-

schaftsarbeit, der im großen und ganzen auf die Schaffung einer Art Reichsanstalt für Krankenversicherung hinauslief. Er schlug vor: straffere Zusammenfassung der Versicherung — nicht durch Zentralisierung der Kassen, sondern durch Schaffung von Bezirksstellen und einer Reichsstelle. Die Zusammenfassung in Bezirksorgane soll ungefähr im Rahmen des Bereichs der Oberversicherungsämter erfolgen, und das neue Organ soll auch funktionelle Aufgaben, wie Versicherungsaufsicht und dergleichen, erhalten. Die Reichsstelle würde nicht die Spitzenverbände überflüssig machen. Für diese würde noch eine ganze Reihe von Aufgaben übrigbleiben. — Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften sprachen sich ebenfalls gegen den Vorschlag der Regierung auf Schaffung eines Hauptausschusses aus. Sie fürchten, daß sie in ihm an die Wand gedrückt werden, weil in ihm die Beteiligung entsprechend der Mitgliederzahl erfolgen müßte. Daß die Unternehmer von einer strafferen, stärker zentralisierten Organisation der Versicherung nichts wissen wollten, ist nicht überraschend. Die Vertreter des Hauptverbandes der Krankenkassen lehnten den Grundgedanken des Hauptausschusses nicht von vornherein ab. Sie könnten ihn an sich begrüßen, aber niemals unter den in den Änderungsverschlüssen vorgesehenen Voraussetzungen, vor allem nicht bei einer Einbeziehung aller möglichen Organisationen. Nicht nur die Ärzte, sondern auch die Länder wollen in dem Ausschuß vertreten sein. Werden zwei Drittel des Einflusses den Versicherten und ein Drittel den Unternehmern gegeben, dann wären die freien Kassen für den Hauptausschuß.

Das Reichsarbeitsministerium wird jetzt, wie Ministerialdirektor Dr. Grieser, unter dessen Leitung die Generaldebatte vor sich ging, mitteilte, einen Gesetzentwurf vorbereiten und ihn in gesonderten Besprechungen mit den einzelnen Organisationen erörtern. Man darf also erwarten, daß in absehbarer Zeit ein Entwurf zur Reform der Krankenversicherung vorgelegt wird.

Gemeinwirtschaftliches Wirken im Versicherungsgewerbe.

Studiert man die Geschäftsberichte der großen privaten Versicherungsunternehmen, dann erkennt man, daß die Privatversicherung wieder ein Kapitalsammelbecken für die Privatwirtschaft wurde, wie es die bürgerliche Presse schon gleich nach der Inflationszeit forderte. Die deutsche Privatversicherung hat jetzt schon wieder einen guten Teil des beim Ausbruch des Weltkrieges vorhandenen Vermögensstandes erreicht.

Vor kurzem legte auch die Volksfürsorge, die Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiterschaft, ihren Rechnungsabluß für das Geschäftsjahr 1928 vor. Darin heißt es: „Die Ursache des erfreulichen Wachstums der Volksfürsorge ist im wesentlichen darin zu erblicken, daß die Werbetätigkeit der Gesellschaft nicht nur immer weiter ausgreift, sondern auch im einzelnen intensiver geworden ist, und es dadurch in steigendem Maße gelingt, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage Versicherungsfähigen zu erfassen. Die Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Hinsicht sind fast unbegrenzt, und man kann sich ein Bild von deren Ausmaß machen, wenn man weiß, daß die Zahl der vor dem Kriege in Deutschland laufenden Volksversicherungen bereits über 12 Millionen betrug, während die Volksfürsorge heute erst über rund 1½ Millionen verfügt. Da sie als Volksversicherungsgesellschaft die weitaus größte unter allen Gesellschaften ist und auf der Basis der gewerkschaftlich-genossenschaftlich

organisierten Arbeiter wirkt, wird ihr die Aufgabe zufallen, diese Volksteile möglichst restlos zu versichern.“

Wohl ist das Unternehmen heute schon eine der größten Versicherungsgesellschaften überhaupt, doch im Hinblick auf die gewaltige Macht des privaten Versicherungskapitals, das sich immer mehr konzentriert, steht sie noch im Anfang, wenn auch in einem verheißungsvollen. Im Jahre 1928 gingen rund 550 000 Versicherungsanträge bei ihr ein. Ende 1928 zählte die Volksfürsorge einen Bestand von fast 1½ Millionen Versicherungen mit 581 Millionen Mark Versicherungssumme. Die Prämieinnahme betrug 26,7 Millionen Mark, die Höhe der Kapitalerträge 3,3 Millionen Mark. An Versicherungsleistungen sind 1,9 Millionen Mark ausgezahlt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergab einen Ueberschuß von 5,1 Millionen Mark. Dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat folgend, beschloß die Generalversammlung nach Zuweisung an die notwendigen Reserven auf die gewinnberechtigten Jahresprämie 25 Proz. als Gewinnanteil zu verteilen. Das bedeutet eine ganz beträchtliche Erhöhung der tarifmäßigen Versicherungssumme.

Grundlag der Volksfürsorge ist die für Anlagezwecke freien Gelder wieder denen dienstbar zu machen, die sie in Form von Versicherungsprämien aufbringen. So wird die Volksfürsorge ihrer Doppelaufgabe gerecht: Eine Versicherung des wertvollen Volkes und ein wichtiges Kreditinstitut zur Förderung der sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu sein.

Wenn ein Unternehmer krank wird.

In Nr. 253 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ berichtet Herr Rechtsanwalt Krombach-Effen von einer Steuerklage. Ein „alleiniger Gesellschafter“ eines Unternehmens berechnet sich ein Jahreseinkommen von 8200 Mt. Er war gezwungen, in einem einzigen Jahre von seinem Stammkapital (50 000 Mt.) 18 406 Mt. darlehensweise zu entnehmen, um a u ß e r g e w ö h n l i c h hohe Krankheitskosten damit zu decken! Das Finanzamt hatte die Geldentnahme als versteckte Gewinnausschüttung versteuert, der Reichsfinanzhof hat der eingereichten Beschwerde stattgegeben.

Der Vorgang an sich interessiert uns weniger, viel mehr die Begleitumstände. Hier wird attentundig dargelegt, daß ein Mann mit einem Jahreseinkommen von 8200 Mt. (monatlich etwa 700 Mt.) infolge Krankheit nebenher noch über 18 000 Mt. in einem Jahre ausgeben muß. Diese Tatsache kennzeichnet in hohem Maße das Geschick zahlreicher Unternehmer-Zeitungen, die sich immer wieder für einen Abbau der Sozialversicherung einsetzen, die die Versicherungsbeiträge dem einzelnen Arbeiter und Angestellten als Versicherungsparatonto anlegen wollen und dergleichen mehr. Wäre der oben angeführte Geschäftsmann Arbeiter oder Angestellter gewesen mit einem Monatseinkommen von etwa 700 Mark, wie lange hätte er sparen müssen, um die 18 000 Mt. Krankentosten zusammenzubringen?

Wir wollen bewußt die Sozialversicherung als Hilfsmittel einer möglichst alles umfassenden Solidarität. Jeder soll Beiträge zahlen, um in der Not unterstützt werden zu können. Wer sein Leben lang gesund bleibt, freue sich, daß er die Krankentasse nicht in Anspruch zu nehmen braucht. Es freue ihn aber auch der Gedanke, daß durch seine Beiträge viel Not und Elend in anderen Familien beseitigt oder gemindert wird. Bestände übrigens die Sozialgesetzgebung nicht, würden sicher die Arbeitslosen und Kranken dem Staat und der Gemeinde in viel größerem Umfange zur Last fallen als heute. Würden dann diese Mehrlasten nicht auch durch erhöhte Steuern von uns eingezogen?

Künstlerische Bucheinbände.



Abbildung 1.

Abb. 1: Festschrift zur Feier des 500jährigen Bestehens der Universität Leipzig. Ganzfranzband mit Goldschnitt auf drei Seiten. Titelfeld auf Vorderseite und Rücken in lila Lederauflage. Die Handvergoldung ist mit einfacher Rolle ausgeführt, der Linienrand siebenmal mit einfacher Rolle gedruckt.



Abbildung 2.

Abb. 2: Anton Wildgans: Kain. Ganzfranzband in schwarz Saffian mit sieben echten Bünden. Goldoberschnitt, Border- und Unterschnitt berauft. Die dreifache Linie oben und unten führt auf der Rückseite weiter. Der Stempel ist dreimal zusammengesetzt. Die Opferschale in brauner Lederauflage, die Flamme rot. Stehkanten- und breite Innenkantvergoldung.

Abb. 3: Shakespeare: Ein Sommernachts Traum. Ganzfranzband mit glattem Rücken, Handvergoldung und Lederauflage. Das auf der Spitze



Abbildung 3.

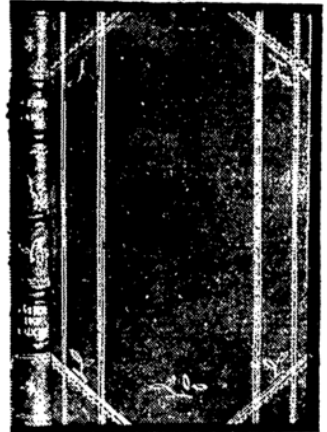


Abbildung 4.

stehende Quadrat ist mit Blattstempeln und Blumen ausgefüllt, das mittlere Feld schwarz ausgelegt und mit einer Bogenlinie eingefasst.

Abb. 4: Siegfried Lang: Gärten und Mauern. Ganzfranzband in blaugrünem Saffian, mit fünf echten Bünden. Handvergoldung mit doppelter und dreifacher Rolle ausgeführt. Die Doppel- und die Bogenlinie führt oben und unten schräg zum Bund auf den Rücken und zur Stehkante.

Entwurf zu Abb. 1 von Otto Horn-Leipzig, Entwurf zu Abb. 2 bis 4 und Ausführung aller Arbeiten von Richard Kretschmer-Leipzig.

Berichte.

Vielefeld. Unsere Generalversammlung vom 7. November erfreute sich eines guten Besuches. Zunächst wurde der verstorbenen Kollegin Emma Moormann in ehrender Weise gedacht. Dann erbatte Kollege Hergt einen Bericht über die allgemeine Geschäftslage. Diese ist in allen Branchen — außer der Schulbuchbranche und Kartonnagenindustrie — als befriedigend zu bezeichnen. Ende des dritten Quartals konnten sämtliche Arbeitslose untergebracht werden. Das war jedoch nur möglich, indem der Beschluß der Generalversammlung, der sich gegen das Ueberstundenwesen wandte, durch die Ortsverwaltung in Verbindung mit den Betriebsräten in die Tat umgesetzt wurde. Das brachte natürlich manche Differenzen mit den Firmeneinhabern oder deren Meistern. Der Druck wird sich jedoch noch steigern. Schon jetzt ist an die Betriebsräte das Ansuchen gestellt worden, für verschiedene Spezialarbeiter die Erlaubnis zu geben, länger als 60 Stunden arbeiten zu lassen. Das würde ein Aufgeben unseres Beschlusses bedeuten. Die Ortsverwaltung hat sich mit dieser Frage beschäftigt und es der Generalversammlung überlassen, eine Lockerung des Beschlusses zuzulassen. Vorerst ging Hergt noch auf die Arbeit der Ortsverwaltung ein, die eine sehr rege war. Er behandelte dann die Außenorte Sakzusen, Gütersloh und Wiedenbrück, wo ebenfalls alles in Ordnung ist. Etwas anders liegt es in Dissen bei der Firma Beute und Söhne. Schon aus dem vorigen Bericht ging hervor, daß wir die Belegschaft dort für unseren Verband gewonnen haben und daß bei dieser Firma ganz traurige Verhältnisse vorherrschend sind. Darüber bestand kein Zweifel, daß es schwer ist, hier eine tarifliche Grundlage zu schaffen, zumal hier ein Unternehmertyp vorhanden ist, der den Zug der Zeit noch nicht begriffen hat. Wenn es uns trotzdem gelingen ist, einen Tarifabschluß zu tätigen, dann war dieses nur möglich durch das entschlossene Eingreifen der Organisation und durch die Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegenschaft. Die Löhne wurden um 8 Pf. erhöht. Ferien und Feiertagsbezahlung, die bisher ins Reich der Märchen gehörten, wurden geregelt. Wenn auch

mancher Wunsch noch unerfüllt blieb, dann ist doch der Firma gezeigt worden, daß die Zeiten endlich vorbei sind, in denen die Unternehmer allein die Arbeitsbedingungen bestimmten. An der Belegschaft liegt es nun, das Erreichte festzuhalten, sie wird in der Organisation die beste Stütze finden.

Hergt gab dann den Kassenbericht. Die Verbandskasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 12 816,96 Mark. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug Ende des dritten Quartals 9277,63 Mk. Der Mitgliederbestand war 1279.

Der zweite Punkt der Tagesordnung galt der Frage: „Soll der Beschluß der letzten Generalversammlung, der sich gegen das Ueberstundenwesen richtete; gelockert werden“. Hierzu sprach zunächst der Vorsitzende Kollege Ströhl, der die Gründe anführte, die den Zahlstellenvorstand bewogen haben, der Generalversammlung diese Frage vorzulegen. Seine Ausführungen wurden vom Kollegen Hergt ergänzt. Der Vorstand steht im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß der Beschluß aufrechterhalten wird, doch sei bei verschiedenen Spezialarbeiten eine Lockerung wünschenswert, was auch im Interesse der Kollegenschaft liege. Die Versammlung war anderer Meinung. Die meisten Diskussionsredner stellten sich der Lockerung entgegen. Die Unternehmer, die keine Rücksichten auf die Arbeiter nehmen, wenn es sich um ihren Profit handelt, indem sie im Frühjahr bei niedergehender Konjunktur die Kollegenschaft ohne weiteres auf die Straße setzten, können deshalb jetzt bei guter Beschäftigung von den Arbeitern Ueberstunden nicht verlangen. Vom Hauptvorstand wird erwartet, daß auch er sich mit der Frage beschäftigt, wie das Arbeitslosenheer in unserem Gewerbe verkleinert werden kann. Ein Antrag, unseren Beschluß ohne Lockerung aufrechtzuerhalten, wurde dann gegen wenige Stimmen angenommen. Hiermit fand die ausgedehnte Versammlung ihr Ende.

Braunschweig. Unsere Mitgliederversammlung vom 18. November wurde vom Kollegen Geißler mit einem Nachruf für unseren verstorbenen Kollegen Rudolf Honig eröffnet. Gerade das 70. Lebensjahr vollendet, starb dieser als Proletarier, so wie er ge-

lebt. In vielen Zahlstellen war er als lebensfreudiger, doch vorbildlicher Gewerkschaftskollege bekannt. Braunschweig war ihm nach dem Krieg zur Heimat geworden.

Redakteur Genosse Fuchs machte anschließend vortreffliche Ausführungen über das Thema: „Müssen wir arm sein?“ Die Ursache der heutigen allgemeinen und insbesondere der deutschen Wirtschaftsnöte ist nun einmal hauptsächlich der Krieg. Er hat die europäischen hochentwickelten Produktionsstätten stillgelegt und Konkurrenz entstehen lassen bis in die entlegensten Erdteile, die vorher als Absatzgebiete galten. Die Vereinigten Staaten verdoppelten ihre Produktion, Japan verdreifachte seine Ausfuhr, das Kongogebiet hat sogar seine Kupfererzeugung verdreifacht. Man denke auch an die Zentralisation des Kapitals und der Betriebe mit ihren oft 100proz. Leistungssteigerungen, an die Riesenschritte zum Ziele der arbeiterlosen Fabrik, an die sich immer mehr anbietenden Hände aus dem Mittelstand und dabei an das so große Arbeitslosenheer aller Länder. Also, wir leiden Not, weil wir zu viel Waren in der ganzen Welt haben und nicht genug verbrauchen können. Wir müssen aber nicht arm sein, wenn wir unseren Werkzeugen: Gewerkschaft, Partei, Konsumgenossenschaften, jedes dazugehörige Glied einreihen. Nicht mehr länger und billiger arbeiten, sondern Senkung der Arbeitszeit und Warenpreise (oder höhere Löhne) sind unsere Forderungen. Andersdenkenden sei in Erinnerung gebracht, daß die Unternehmerrfront keine Gelben, Roten, Unorganisierten, Israeliten usw. unterscheidet. Beträufung und Beifall folgte.

Kollege Rathe gab sodann den Kassenbericht vom 3. Quartal, der einen Mitgliederbestand von 127 Kollegen und 193 Kolleginnen aufweist. Die Lokalkasse schließt mit einem Bestand von 2538.— Mk. ab. Einem vom Vorstand vorgeschlagenen Jubiläum-Chörenabend wurde alleseitig zugestimmt. Angeregt wurde ferner, einer alljährlich vom Vorstand empfundenen Pflicht zu genügen und unseren heute besonders zahlreichen Arbeitslosen aus der Lokalkasse eine Weihnachtsbeihilfe auszusprechen. Kollege Geißler gab dann noch bekannt, daß in unserer Dezemberversammlung

ein Lichtbildervortrag des Genossen Dr. v. Franken- berg stattfinden wird. Er bat um zahlreichen Besuch. Mit dem ersten Sitzungsbericht der neugegründeten Volkshausgenossenschaft, den Kollege Rathe als unser Vertreter erstattete, schloß die Versammlung.

Frankfurt a. M. - Offenbach. Am 10. November feierte unsere Zahlstelle ihr 44. Stiftungsfest mit gleichzeitiger Ehrung der Verbandsjubilare. In diesem Jahre waren es die Kollegen Arno Gule, Wlam Glaab, Jakob Hammer, David Herrmanns, Leopold Bohe und Konrad Röder, denen Kollege Reh mit warmen Worten des Dankes die Urkunde des Vorstandes überreichen konnte. Reh schilderte bei dieser Gelegenheit die Zustände, wie sie vor 25 Jahren bestanden. Unsere Zahlstelle zählte damals 140 Mitglieder, die Arbeitszeit betrug durchschnittlich 9 1/2 bis 10 1/2 Stunden bei einem wöchentlichen Lohn von 21 Mk! Jeder, der zurückblickt, wird zugeben müssen, daß die Arbeit unserer Organisation nicht vergebens war und daß erfreuliche Fortschritte erzielt worden sind. Auch in Zukunft wird es nur dann möglich sein, Fortschritte zu erzielen, wenn alle Mitglieder in Treue zum Verband stehen und sich dabei unsere lieben Jubilare zum Vorbild nehmen. Ein unterhaltendes Programm brachte allen Festteilnehmern frohe Stunden. Daß zum Schluß jung und alt noch fleißig dem Tanzsport huldigten, versteht sich wohl von selbst.

Unsere Vierteljahres-Generalversammlung fand am 12. November statt. In einem äußerst interessanten, einstündigen Vortrag verstand es Frau Lilli Nötting, ein Bild vom Leben und Schaffen des beliebten Zeichners Heinrich Zille zu entwerfen und Verständnis für seine Kunst zu wecken. Gut ausgewählte Lichtbilder unterstützten wirksam die Referentin. — Aus dem vom Kollegen Würzberger erstatteten Geschäftsbericht ging hervor, daß der Geschäftsgang im allgemeinen auch im verfloffenen Quartal sehr schlecht war. Unser Mitgliederbestand ist, vor allem infolge der Liquidation der Firma Dondorf, etwas gesunken, er beträgt am Schlusse des Quartals insgesamt 1276. Würzberger behandelte dann noch ausführlicher die derzeitigen Verhältnisse in der Eisindustrie. Der Kassenbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. Er zeigte, daß entsprechend der allgemeinen Lage eine Entlastung unserer Finanzen nicht eingetreten ist. Dies war auch der Grund für den Antrag der Ortsverwaltung, einen obligatorischen Extrabeitrag von 1 Mk. für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben, der zugunsten einer Weihnachtsunterstützung unserer erwerbslosen Verbandsmitglieder dienen soll. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Kein Kollege und keine Kollegin darf sich dieser Ehrenpflicht entziehen!

Hamburg-Altona. Unsere Zahlstelle hielt am 15. November ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Genosse Kühne referierte in sehr anschaulicher Weise über die „Reform der Arbeitslosenversicherung“. Der Referent schilderte die Entstehung der Arbeitslosenversicherung und wie sich gewisse Unternehmerkreise die größte Mühe gegeben haben, diese in Mißkredit zu bringen. Wenn auch die Arbeitslosenversicherung, wie jedes menschliche Gebilde, ihre Fehler hat, dann muß man jedoch auch feststellen, daß es viele Unternehmer verstanden haben, sie für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Redner behandelte im einzelnen die Gesetzesänderungen und führte zum Schluß aus, daß es nur der einigen und geschlossenen Gewerkschaftsbewegung zu danken ist, wenn der Ansturm der Unternehmer gegen diesen Zweig der sozialen Versicherung in der Hauptfache abgewehrt werden konnte. Genosse Kühne forderte die Anwesenden auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung von der Arbeiterschaft noch mehr anerkannt wird, damit in Zukunft nicht nur etwaige Verschlechterungsanträge abgewehrt, sondern auch wesentliche Gesetzesverbesserungen durchgeführt werden können. Die Versammlung dankte dem Referenten durch lebhaften Beifall für den vorzüglichen Vortrag. — An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Timm, Willert und Konradt. Kollege Willert erluchte, Ueberstunden zu vermeiden. Kollege Konradt stellte durch eine Anfrage an den Referenten fest, daß die Behauptung, verheiratete Frauen erhielten Arbeitslosenunterstützung nicht, unwahr sei und daß mit ihr nur bezweckt werde, Unruhe unter der Arbeiterschaft hervorzurufen.

Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete ausführlich Kollege Thierbach. Wenn am Schlusse des II Quartals von einem Arbeitslosenstand von 86 männlichen und 260 weiblichen Mitgliedern berichtet werden mußte, dann kann erfreulicherweise durch die am Schlusse des III. Quartals ermittelte Arbeitslosenziffer eine leichte Verbesserung festgestellt werden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen sank um 51 auf 293. Der Arbeitslosigkeit könnte aber noch mehr begegnet werden, wenn unsere Mitglieder überall da, wo Ueberstunden geleistet werden sollen, nichts unversucht ließen, damit zunächst Arbeitslose eingestellt werden. Unsere Mitglieder müssen sich ein wenig Berufsstoß

arzneigen. Dann wird es nicht vorkommen, daß Schneidemaschinen von ungelerten Arbeitern besetzt und in Buchdruckereien die Buchbinderarbeiten von Hilfsarbeiterinnen hergestellt werden. Wenn hier unsere Kollegenschaft aufpassen würde, dann wäre wohl die Möglichkeit gegeben, einen größeren Teil unserer Berufsangehörigen in Arbeit zu bringen. Unser Beruf verachtet sich auch bei den Buchdruckern immer mehr Geltung. Das beweist die letzte Nummer der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, in der auf neun Seiten der Wert der Buchbinderei in den Buchdruckereien geschildert wird. — In unserer Zahlstelle hat sich eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die es sich zur Aufgabe macht, sich in regelmäßigen Zusammentreffen beruflich weiterzubilden und sich darüber hinaus in Wort und Schrift zu vervollkommen. Es ist zu wünschen, daß sich recht viele unserer Mitglieder an diesen Veranstaltungen beteiligen.

Zum Kassenbericht, der gedruckt vorlag, bemerkte Redner, daß der Beitragsmarkenumfang im III. Quartal gegenüber anderen Jahren als gut zu bezeichnen ist und daß das III. Quartal mit einem Totalfassungsvermögen von 24 114,16 Mk. abschließt. An Mitgliedern zählten wir am Schlusse des Quartals 43 Lehrlinge, 704 Kollegen und 1923 Kolleginnen, zusammen 2670 Mitglieder.

In der sich anschließenden Aussprache schilderte Kollege Schacht in knapper Form Wesen und Zweck der Arbeitsgemeinschaft. — Kollege Lange wünschte die außerordentliche Weihnachtsunterstützung in diesem Jahre besser als im Vorjahre zu gestalten.

Thierbach gab bekannt, daß unsere Dezemberversammlung am 20. Dezember stattfindet, er ersuchte um regen Besuch. Weiter forderte er die Mitglieder auf, der Einladung der Lindecar-Werke zur Besichtigung einer Weihnachtsausstellung am 15. Dezember in der Zeit von 11 bis 18 Uhr in deren Niederlage, Nagelsweg 16—18, Folge zu leisten.

Inhaltsverzeichnis.

Wo stehen wir im sozialen Befreiungskampf? II. Der wirtschaftliche Schaden durch die Arbeitslosigkeit. Ein unberechtigter Kommentar. Was geht hier vor? Die englische Arbeiterregierung zur Arbeitslosigkeit. Zur Geschichte der Buchbinderei in Westfalen. Zur Unterhaltung: Der Abiok. (Schluß.) — Die Stahlfedern. — Bernhard Shaw und der Zwischenhandel. Aus der Sozialversicherung. Herbst (Gebicht.) — Der sittliche Charakter der Sozialversicherung. — Zur Reform der Krankenversicherung — Gemeinwirtschaftliches Wirken im Versicherungsgewerbe. — Wenn ein Unternehmer krank wird. Künstlerische Buchenbände. Berichte: Bielefeld. — Braunschweig. — Frankfurt am Main-Offenbach. — Hamburg-Altona. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Ehrenurkunden. — Arbeitslosenstatistik. — Adressenänderungen. — Abrechnungen. Sterbetafel.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Ehrenurkunden. Die Gauleiter und Ortsverwaltungen machen wir erneut darauf aufmerksam, daß bei Anforderungen von Ehrenurkunden stets außer dem Vor- und Zunamen noch der Geburtstag, der Tag des Eintritts sowie die Mitgliedsnummer deutlich angegeben werden müssen. Diese Angaben sind vorher auf ihre Richtigkeit gewissenhaft nachzuprüfen, um die sehr häufig sich notwendig machenden Rückfragen zu vermeiden. Ganz besonders ist darauf zu achten, daß der Familienname richtig und deutlich geschrieben wird.

Sollen Diplome an einem bestimmten Tage den Jubilaren überreicht werden, dann müssen die Meldungen bzw. Anforderungen der Diplome spätestens zwei Wochen vorher uns zugehen.

Anspruch auf die Ehrenurkunde haben alle unsere Mitglieder, die 25 Jahre ununterbrochen freigewerkschaftlich organisiert sind.

2. Karten zur Arbeitslosenstatistik sowie Berichtskarten über den Geschäftsgang in den Betrieben sind in den letzten Tagen an alle Kassierer der Zahlstellen und Gauen verschickt worden. Wir bitten um pünkt-

liche Einhaltung des Termins für die Rücksendung, damit sich Mahnungen erübrigen.

Auch die Berichtskarten betr. Ueberstunden sind der Sendung beigelegt, die ebenso wie die anderen Karten bis zum 3. Dezember in unseren Händen sein müssen.

Adressenänderung.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.

Meißen: B. u. K.: Erich Kirften, Gustav-Graf-Str. 36 L.

Abrechnungen

vom dritten Quartal 1929 gingen weiter bis zum 26. November bei der Verbandskasse ein von:

Trier 581,38 Mk., = Hanau 2000,— Mk., = Zittau 478,— Mk., Zwickau —,— Mk., = Troßingen 190,— Markt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Köslin, Stolp, = Göttingen, = Lüdenscheid, Neuwied, = Gera, Mühlhausen.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Im Monat Oktober sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

- Akersleben. Lucie Feuerstake, Papierwarenarbeiterin, 19 Jahre, Lungen- und Rippenfellentzündung.
Berlin. Conrad Eibracht, Buchbinder, 61 Jahre, Zuckerkrankheit.
— Albert Hoffmann, Lederarbeiter, 54 Jahre, Schlaganfall.
— Wilhelm Hillert, Buchbinder, 63 Jahre, Herzschlag.
— Richard Pasch, Buchbinder, 50 Jahre, (Todesursache ?).
— Marie Bugge, Kartonnagenarbeiterin, 64 Jahre, Nierenleiden.
Bonn. Friedrich Vinter, Hilfsarbeiter, 63 Jahre, Rheumatismus.
Burgstädt. Arno Richter, Kartonnagenarbeiter, 47 Jahre, Freitod.
Dresden. Karl Müller, Buchbinder, 67 Jahre, Herzschwäche.
Orlenna. Frieda Schmitter, Papierwarenarbeiterin, 34 Jahr, Unterkleiden.

- Hamburg. Mag Schulze, Buchbinder, 70 Jahre, Blasenleiden.
— Anna Lettow, Kartonnagenarbeiterin, 22 Jahre, Lungenleiden.
Hanau. Minna Sperzel, Hilfsarbeiterin, 30 Jahre, Magenkrebs.
Hannover. Friedrich Müller, Buchbinder, 72 Jahre, Altersschwäche.
— Wilhelm Röber, Buchbinder, 60 Jahre, Herzschlag.
— Heria Weber, Kartonnagenarbeiterin, 22 Jahre (Todesursache?).
Leipzig. Herbert Frenzel, Buchbinder, 21 Jahre, Tuberkulose.
— Karl Rieß, Buchbinder, 54 Jahre, Herzschlag.
— Anna Dehler, Buchbindereiarbeiterin, 59 Jahre, Zuckerkrankheit.
Sonneberg. Johannes Kornajewski, Buchbinder, 55 Jahre, Schlaganfall.

Allen ein ehrendes Andenken!